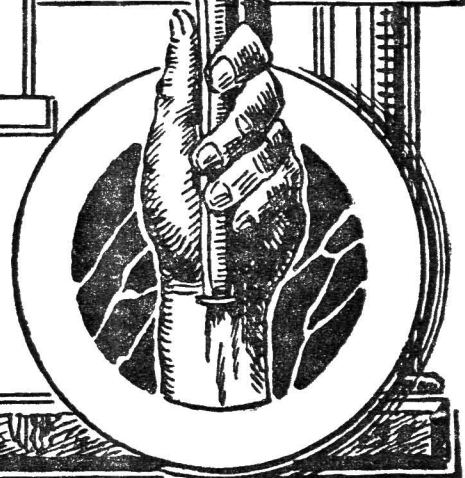
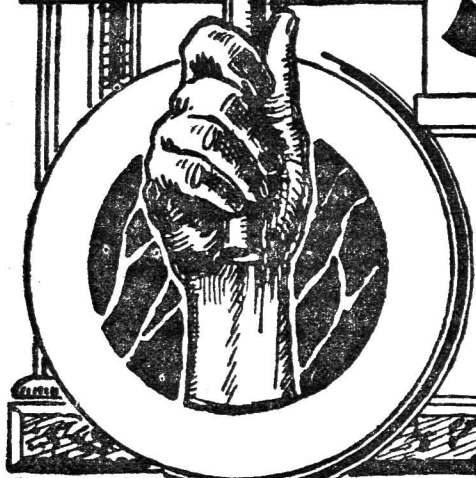


# Der Steinarbeiter

## ORGAN

### des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Verleger:

Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Verantwortlicher Redakteur:

A. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:

Leipzig

Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld viertel-

jährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten

20 Pfg. die gespaltene Zeile oder deren Raum.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 45.

Sonnabend, den 7. November 1903.

7. Jahrgang.

**Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.**  
**Budapest (Ungarn).** Die sämtlichen Marmorplattenarbeiter stehen vor einem Lohnkampf. Zuzug ist deshalb unbedingt fernzuhalten.

## Unsere Fachpresse.

Im Kampf um unsre gewerkschaftlichen Bestrebungen hat die Presse, das „Fachblatt“, eine nicht mindere Bedeutung, einen nicht minderen Einfluß erlangt, als ihn die Presse gemeinhin im öffentlichen Leben errungen hat. Hat man einst mit Bezug auf die politische Presse das Wort von der „siebenten Großmacht“ geprägt, so ist es keine Uebertreibung, wenn man von der Gewerkschaftspressen behauptet, daß sie im Gewerkschaftsleben die erste Großmacht repräsentiert.

Entsprechend der Bedeutung der Gewerkschaftspressen sind deren Aufgaben recht vielgestaltig: sie soll vor allen Dingen agitatorisch wirken, soll anfeuernd, begeisternd wirken auf diejenigen, die sich um das Banner der Organisation gesammelt haben, soll ein Führer sein für diejenigen, die noch nicht lebend geworden sind, für die Laien und Gleichgültigen, die mit vieler Mühe erst auf den rechten Weg gebracht werden müssen. Die Fachpresse muß den Arbeitern sagen, daß sie ein Recht haben, an den von ihnen geschaffenen Werten gerechten Anteil zu heischen, daß sie ein Recht haben, nicht nur so viel zu verlangen, um sich satt essen und ihr Geschlecht fortpflanzen zu können, nein, es muß der Arbeiter auch klar gemacht werden, daß kraft ihrer hervorragenden Anteilnahme bei der Schaffung aller Werte ihr auch ein natürliches Recht zusteht an den höchsten und edelsten Gütern und Genüssen des Lebens, die ihm aber heute durch eine verkehrte Wirtschaftsordnung vorenthalten bleiben. Wir haben also als eine weitere Aufgabe der Fachpresse die so eminent wichtige Aufklärungsarbeit, die dem Arbeiter nicht allein die Befreiung aus dem materiellen Elend, sondern auch die Hebung seines geistigen und sittlichen Niveaus als erstrebenswertes Ziel erscheinen läßt, als ein Ziel, das der Arbeiterbewegung ihre hohe kulturelle Bedeutung verleiht.

Mit zu der der Fachpresse obliegenden Aufklärungsarbeit gehört auch die Aufdeckung der Schäden der heutigen Wirtschaftsweise in ihrer Gesamtheit, wie in ihren Einzelerscheinungen. Das ist zugleich auch Kampfmittel. Die Fachpresse muß hineinleuchten in die erbärmlichen Verhältnisse, unter denen der Arbeiter mit seiner Familie das Dasein fristet, sie muß die Ausbeutung, Profitgier und Willkür an den Pranger stellen, muß die Gefahren schildern, denen der Arbeiter im Dienste anderer Tag für Tag ausgesetzt ist. So ist die Fachpresse das Organ der Unterdrückten, die in ihr zu Worte kommen, in ihr den Ruf erheben nach Gerechtigkeit, in ihr die herrschende Gesellschaft anklagen des Unrechts, das sie an denen begeht, auf deren Schultern alle Last gehäuft ist und denen sie doch so oft selbst das zum Leben Notwendigste kärglich zumißt.

Und dann muß die Fachpresse der Arbeiterschaft das Verständnis für die Vorgänge auf dem Wirtschaftsgebiete vermitteln, soll ihnen die Tatsachen zeigen, wie sie in Produktion und Verkehr auf dem Weltmarkt hervorbringen und wie sie sich rückwirkend äußern auf dem Arbeitsmarkt und in der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Auch das ist von hoher Wichtigkeit, damit die Arbeiterschaft lerne, die ihr innewohnende Kraft richtig zu taxieren und danach die Maßnahmen richtig zu wählen, die sie anwenden muß, um Vorteile für sich zu erringen, den Kampf um den Anteil an den von ihnen geschaffenen Gütern zu ihren Gunsten zu führen.

Und innen in der Organisation, da ist noch so vieles zu bessern, zu ändern. Wiederum ist es die Fachpresse, in der Projekte aufgestellt und diskutiert werden, in der den Angehörigen der Organisation die Notwendigkeit durchzuführender Verbesserungen klar gemacht, neue Ideen den Mitgliedern vermittelt werden.

Dann gilt es, acht zu haben auf Gesetzgebung und Verwaltung, es gilt, die Arbeiter zum Gebrauch ihrer gesetzlichen Rechte anzuleiten, sie vor den Schäden, die ihnen aus der Unkenntnis der Gesetze erwachsen, nach Möglichkeit zu behüten.

Neben diesen wichtigsten Aufgaben der Fachpresse laufen noch eine Reihe minder wichtige einher, wie sie sich aus den

Ereignissen heraus entwickeln, die aber gleichfalls berechtigten Anspruch erheben auf den Raum in der Fachpresse.

All diesen Aufgaben gerecht zu werden, ist keineswegs leicht, so wenig leicht wie die Beantwortung der Frage, ob die gewerkschaftliche Fachpresse in Deutschland diese Aufgaben in vollem Umfange löst. Wir fühlen uns nicht berufen, von dieser Stelle aus Kritik an der deutschen Gewerkschaftspressen zu üben. Wir haben uns hier lediglich die Aufgabe gestellt, uns im eignen Hause umzusehen, zu prüfen, ob das eigne Organ, ob unser Fachblatt so gestaltet ist, wie es nach den obigen Darlegungen über die Aufgaben der gewerkschaftlichen Fachpresse gestaltet sein sollte.

Wenn wir ehrlich sein wollen in unsrer Kritik, so müssen wir diese Frage verneinen. Und das, trotzdem bei der Leitung unsres Fachblattes der redliche Wille und ernstes Streben vorhanden ist, der geistlichen Aufgabe nach jeder Richtung gerecht zu werden. Allein der beste Wille der Leitung reicht nicht aus; was all unserm Fachblatt ganz besonders zu vermischen ist, das ist die mangelnde Mitarbeiterschaft der in der Organisation tätigen Kollegen.

Es muß darauf verwiesen werden, daß sich innerhalb der Reihen der organisierten Steinarbeiter nur höchst selten Kollegen als Mitarbeiter des Fachblattes finden. Wenn aber alle wichtigen Vorgänge des Steinarbeiterberufes geschildert und besprochen werden sollen, so bedarf es der Mitarbeit der schreibfähigen Kollegen. Gewiß, an Versammlungsberichten fehlt es nicht, allerdings sind die meisten so miserabel geschrieben, daß sie aller Beschreibung spotten. Mancher Schriftführer schmiert 5-6 Seiten zurechte, und wenn der Redakteur kürzt und verbessert, dann heißt es, das ist eine Gemeinheit, den Bericht wieder so zu behandeln. Wir betonen vorhin, es fehlt an Mitarbeitern; ja allerdings, wenn eine Kritik gegen die Reiseunterstützung oder gegen den Vorstand zu bringen ist, dann gewiß gehen Eingekleidete in Hülle und Fülle ein, selbstredend mit der Motivierung, ja nichts streichen.

Wenn wir den Grundstein, die Metallarbeiterzeitung, den Zimmerer usw. zur Hand nehmen, so bemerken wir, daß an diesen Blättern eine Reihe von Kollegen ganz interessante Arbeiten veröffentlichen; bei uns greift man nur dann zur Feder, wenn man sich als Kritiker berufen fühlt. Weiter kommt noch hinzu, daß wir Zahlstellen aufzuweisen haben, wo noch nicht einmal ein Fünftel der Beschäftigten den Steinarbeiter abonniert hat. In Blauen z. B. sind von ca. 60 organisierten Kollegen (diese Zahl wurde in der letzten Versammlung festgestellt) 10 Exemplare des Steinarbeiter vorhanden. Wir könnten eine Reihe von Zahlstellen aufzählen, wo das gleiche zutrifft. Wenn solche Zustände eingerissen sind, dann darf man sich nicht wundern, wenn es Mitglieder gibt, die nicht wissen, was in ihrer Berufsorganisation vorgeht, nicht wissen, welche Kämpfe auszufechten sind, aber auch nicht informiert sind über den Stand der Unternehmerorganisation, mit einem Wort, Kollegen, die nur durch den Zwang der Verhältnisse ihre Beiträge entrichten, sonst aber sich nicht um das geringste kümmern. Dieser Zustand muß in Zukunft anders werden.

Auf verschiedenen Konferenzen wurde der Antrag gestellt, so in Heilbronn und in Straßburg i. El. (siehe Gauberrichte), den Steinarbeiter obligatorisch auf Verbandskosten einzuführen. Die Redaktion wird auf diese Anträge später eingehend zurückkommen, um bei der Behandlung dieser Frage den Jahresbericht 1903 noch berücksichtigen zu können.

Nicht schlimm ist es mit einem andern Mißstand, wir meinen die Versammlungsberichterstattung, die von manchen Schriftführern dazu benutzt wird, auch die alleruninteressantesten Dinge aus den Versammlungen zur Kenntnis der Allgemeinheit zu bringen. Manche Schriftführer scheinen der Meinung zu sein, es sei das Fachblatt so eine Art Protokollbuch. So haben dann die Leser des Fachblattes das höchst zweifelhaft Vergnügen, im Fachblatt in jeder Nummer ymal zu lesen, daß die Zahlstelle foundso ihre Versammlung abgehalten hat, daß diese Versammlung vom Vorsitzenden eröffnet wurde, daß der Schriftführer das Protokoll verlesen hat, daß dann die Kollegen Müller und Schulze neu aufgenommen oder herausgeworfen wurden, daß die Kartelldelegierten Bericht erstattet haben oder neu gewählt wurden, daß der Kassierer seinen Kassenbericht abgelegt, alles gestimmt und die Revisoren Decharge beantragt haben. Natürlich lauter Dinge, die in das Protokollbuch, nicht aber in das Organ einer Gewerk-

schaft gehören. Wird einem aber einmal die Geschichte zu bunt und macht man einmal einen dicken Strich durch diese Versammlungseröffnung, Protokollverlesung, Beitrags-einziehung und dergleichen welterschütternde Versammlungsereignisse, so macht man sich natürlich den Kollegen Schriftführer spinnefeind und mit einer sonst ungewohnten Schnelligkeit erscheint ein umfangreicher Protest — mitunter mit Strafpapier — auf der Redaktion. Wie sich so ein betrachter Redakteur auch erlauben kann, das Protokoll eines Schriftführers so gründlich zu verderben! Den soll doch gleich — für was ist denn der bezahlt? So und ähnlich mögen die Resonanzlaute, die dann — fern von Madrid — der Redakteur ungehört über sich ergehen lassen muß.

Brauchen wir denn diese langweiligen und für den weitem Kollegenkreis ganz interesselosen Versammlungsberichte? Bewahre, sie sind im Gegenteil ein Hindernis. Sie nehmen im Fachblatt den Raum weg für wichtigere und bessere Sachen.

Darum meinen wir, die Schriftführer sollten sich darauf beschränken, dem Fachblatt nur wichtige und die Allgemeinheit der Kollegen interessierende Vorkommnisse zu berichten. Viel Raum kann dann erübrigt werden für Dinge, die zu wissen unsern Kollegen sehr not tut.

Dann kann das Fachblatt nach mancher Richtung hin besser werden, dann kann es mehr wie bisher seiner agitatorischen Arbeit sich widmen, dann wird es auch in weit höherem Maße als bisher ein Wegweiser sein, ein Führer im Kampfe der Arbeiter um Befreiung aus Not und Elend, aus ökonomischer und geistiger Knechtschaft.

## Terrorismus und Justiz.

In dem Kampfe des Unternehmertums gegen die organisierte Arbeiterschaft jammert das erste mit besonderer Vorliebe über den „Terrorismus“, der in den Reihen der Arbeiter gegen Andersdenkende und -handelnde geübt werde. Namentlich bei einem Ausstand wissen die Schreiber der Unternehmer nicht genug über alle möglichen Gewaltmaßregeln der „terroristischen“ Arbeiter zu lamentieren und die Arbeitgeberzeitung läßt sich so mit der Angst fortreiben, daß sie für jeden Ausstand — wie z. B. der letzte Omnibusfahrer-Ausstand in Berlin — ein Armeekorps mobil gemacht sehen möchte! Wenigstens stellt sie diese Maßregel, die von der französischen Regierung in Lille, anlässlich des Textilarbeiterausstandes angewendet worden sein soll, als ihr Ideal hin. Man schreit also auf der einen Seite über den Terrorismus der Arbeiter und auf der andern sucht man die Justiz „scharf“ zu machen. Alle die Schredensurteile der letzten Jahre, gegen Arbeiter gefällt, genügen den blind wütenden Schreibern der zahlungsfähigen Unternehmerschaft nicht; man will mehr Blut sehen.

Nun wir haben schon in den verschiedensten Ausführungen auf die Sinnlosigkeiten dieses Gelärmes hingewiesen. Doch es muß anerkannt werden, daß diese Spektakelmacher und Hezer von den ruhiger, sachlicher denkenden Leuten aus bürgerlichen Kreisen widerlegt werden. Wir wollen heute nur zwei Aeußerungen dieser Art wiedergeben.

Die eine stammt von Dr. W. Zimmermann, der in einem Artikel in der Sozialen Praxis auf den Terrorismus in den Arbeiterkreisen eingeht. Zimmermann führt an, daß selbst, wenn irgendwelche Ausschreitungen in der Arbeiterschaft gegen unorganisierte Kollegen vorkommen, solche Fälle immer am strengsten von der Organisation selbst verurteilt würden. Dr. Zimmermann verteidigt die gewerkschaftlichen Verbände, die für die Arbeiter eine bittere Notwendigkeit geworden wären und führt dann aus:

„Nun aber ist keine Schicht von Berufstreibenden so beschränkt in den gesetzlichen Mitteln zur „Kartellierung ihrer Produktion“, ihrer Arbeitsleistung, wie gerade diese bedürftigsten, die aus der Hand in den Mund lebenden Lohnarbeiter. Unternehmerverbände haben ihre konventionellen Strafen, haben die Möglichkeit geheimer mündlicher und schriftlicher Abmachungen, um jedem Dutzender das Handwerk, billiger als sie zu liefern, gründlich zu legen, ja ihn durch Unterbindung des Rohmaterialbezuges völlig zu ruinieren. Wie Nerzte und Apotheker ihre „Standesinteressen wahren“, d. h. gegen die unterbietende Konkurrenz sich wehren, lesen wir jetzt fast Tag für Tag in den Blättern. Wenn sie die Massentündigung aller standesmäßigen Verträge zu einem bestimmten Termine be-



schließen (Bayrischer Herzogtag, 19. September 1903) und durch Zeitungsinserate „Zuzug fernzuhalten“ suchen, und dies durch das Mittel der sozialen Achtung, der gesellschaftlichen Boykottierung, der Zitierung vor ärztliche Ehrengerichte, ohne Rücksicht auf Kollegen und Publikum durchsetzen, wenn ein Offizierskorps ein Restaurant, in dem einem der ihren vermeintlich zu nahe getreten worden, in Bann tut, ihm die sonst dort konzertierende Militärkapelle entzieht und jeden, der aus ihren Kreisen trotzdem das Lokal besuchte, unmöglich macht, dann regt sich über solches Vorgehen die Öffentlichkeit ebenjowenig auf, wie über die zur Ausbeutung der Massen betriebenen Preis- und Produktionskartellierungen der Kohlen-, Zucker-, Petroleum-, Syndikate; denn die von diesen Organisationen zur Wahrung ihrer Interessen angewandten Mittel verstoßen nicht gegen das Gesetz und die gesellschaftlichen Normen.

Wenn aber ein Arbeiter, der jahrelang für seine Organisation gesteuert hat, der nach schwerer Ueberlegung in einen Streik mit allen seinen Opfern und Entbehrungen eingetreten und ihn schließlich siegreich durchgeföhrt hat, hernach einem nichtorganisierten Arbeitswilligen, der dem Streik fernblieb, jetzt jedoch die Früchte des Streiks mit einheimt, einmal „gründlich seine Meinung sagen“ und ihm einen Denktzettel für seine „Verräterei“ geben will, ja, was für erlaubte Mittel stehen ihm da zur Verfügung? Gesellschaftlicher Boykott verfangt in den Arbeiterkreisen nicht, eine höfliche Erklärung: „Betrachten Sie sich als gehorfeigt“ würde den Beleidiger mehr als den Beleidigten dem Gespött der Welt aussetzen. Man spricht deshalb ein Wort Deutsch miteinander und Satisfaktion wird nach dem Holzkomment gegeben. Das ist nicht schön und, wie gesagt, wir verurteilen solche Gewaltakte. Aber als mildernde Umstände muß man gerechtere auch Umgangsformen und Gewohnheiten des Milieus in Betracht ziehen. Und daß in Arbeiterkreisen die Formen nicht glatter und zierlicher sind, wessen Schuld ist es? Doch am letzten Ende derer, die zur Leitung und Bildung des Volkes seit Jahrhunderten berufen sind.

Terrorismus ist in jeder Form und in jeder Gesellschaftsschicht verwerflich: je vornehmer die Denkungsart einer Gruppe, um so fremder wird sie solcher Gewaltkur gegenüberstehen. So regt sich auch in den politisch und technisch besser geschulten, sozial erzogenen Arbeiterschichten ein immer energischerer Widerwille gegen die Vergewaltigung Andersgläubiger. Wo aber der Terrorismus in den täglichen Reibungen der organisierten Arbeiter mit den nichtorganisierten sich leider noch immer zeigt, da soll die Gesellschaft nicht in pharisaischer Selbstgerechtigkeit nur wütend verdammen, sondern berücksichtigen, wie unzulänglich die Mittel des Arbeiters im Kampfe um Hebung seines Standes sind, soll ihm die Umgangsformen seines harten Lebens zugute halten und vor allem aus der Tatsache solcher bedauerlicher Ausschreitungen die Mahnung entnehmen, wie viel, wie ungeheuer viel zur sittlichen Erziehung unsres Volkes noch geschehen muß.

Ein nicht minder lesenswertes Urteil über die deutsche Justiz nun, die in allererster Linie immer herhalten soll, das von den Verwaltungsbehörden begangene Werk — im Interesse der Unternehmer die Arbeiterschaft niederzuhalten, abzustrafen — fortzuführen, findet sich in den Preussischen Jahrbüchern. In diesen schreibt Professor Delbrück im Anschluß an die Besprechung einiger besonders hervortretender Urteile der jüngsten Zeit:

„Was verstehen wir unter Massenjustiz? Selbst die Sozialdemokratie behauptet nicht, daß es bewußte Parteilichkeit und Ungerechtigkeit sei (das kann und darf man nicht behaupten, weil es nicht zu beweisen ist. D. R.), sie behauptet nur, daß die Inhaber der richterlichen Gewalt bei uns unbewußt befangen und in gewissen Vorstellungen ihres Standes und ihrer Klasse und aus diesem Vorstellungsfreie fortwährend Urteile sprechen, die von den niederen Massen als schweres Unrecht empfunden werden. Ich glaube, daß tatsächlich hier der eigentliche Knotenpunkt unsrer politischen Verwicklung ist... Die Behörden nehmen in den Lohn- und Arbeitskämpfen die Partei der Unternehmer. Im Staate der allgemeinen Wehrpflicht, der allgemeinen Schulpflicht und des allgemeinen Wahlrechts fühlen die Arbeiter sich nicht als Gleichberechtigte. Unser Beamtentum ist gut diszipliniert, einige kräftige Worte von oben würden auflärend und dadurch bessernd wirken; aber nun erscheint erst der verhängnisvolle Zirkel, in dem wir eingeschlossen sind: diese Worte, die die Wurzel der Sozialdemokratie abschneiden würden (!?), können und dürfen nicht gesprochen werden — weil wir die Sozialdemokratie haben. Denn das wäre eine sehr leichtfertige Täuschung,

wenn man glauben wollte, diese Partei würde in dem Augenblick, wo die gerechtfertigten Beschwerden, die sie vertritt, gehoben sind, aufhören zu existieren. . . . Es handelt sich aber darum, gleichzeitig mit aller Kraft die Autorität des Staates aufrecht zu erhalten und dabei doch keinen Anlaß zu gerechtfertigten Beschwerden zu geben. Das aber ist bei den Vorurteilen, der Leidenschaftlichkeit und Einseitigkeit der Menschen unendlich schwer. Die große Mehrzahl der Beamten versteht es eben nicht anders, die Staatsautorität geltend zu machen, als dadurch, daß sie, wo sich auch eine Gelegenheit bietet, möglichst schneidig aufzutreten und einzugreifen. Welch unermesslichen Schaden solche schneidigen Urteile und Maßnahmen der Staatsautorität tatsächlich zufügen, indem sie in der Menge den leidenschaftlichen Haß erzeugen, der sich dann bei den Reichstagswahlen äußert, das machen sich diese Präsidenten, Geheimen Räte, Richter und Staatsanwälte nicht klar. . . . Alle Arbeit gegen die Sozialdemokratie, Unterdrückung oder Wohlthat, soziale Gesetzgebung und Befehung, Vaterlandsliebe und Religion, alles wird keine Wirkung haben, solange nicht ein anderer Geist in unsre Strafkammer eingeht.“

## Gaukonferenz des XII. Gaus

tagend am 25. Oktober 1903

im Gewerkschaftshaus Gasthaus zur Rose in Heilbronn.

Der Gauvorstand, Rothmund-Stuttgart, eröffnete die die Konferenz um 11½ Uhr mit der Begrüßung der Anwesenden.

Anwesend sind 14 Delegierte, welche 10 Orte vertreten. Die Wahl ergab: Rothmund-Stuttgart als 1., Frank-Ulm als 2. Vorsitzenden; Mager und Ellwanger-Stuttgart als Schriftführer. Hierauf Mittagspause.

In der Nachmittagsitzung gab der Gauvorsitzende einen ausführlichen Ueberblick über die im laufenden Jahre betriebene Agitation. Daraus war zu entnehmen, daß in der neuen Organisationsform im Gau XII sehr viel gearbeitet wurde, daß es aber auch vieler Mühe und Arbeit bedarf, um die neugewonnenen Orte zu erhalten bzw. neue zu gewinnen.

Die Situationsberichte ließen erkennen, daß im allgemeinen die Verhältnisse sehr viel zu wünschen übrig lassen, speziell die Bundesratsverordnung. Bezüglich Organisation und Agitation trat allseitig zu Tage, daß mit Rücksicht auf die speziellen Verhältnisse in Württemberg, die überall alles zu wünschen übrig lassen, ein besoldeter Gauvorstand für Württemberg unbedingt notwendig ist, da wir sonst jedes Jahr neue Arbeit haben und nicht vorwärts kommen. Die Konferenz beschließt einstimmig, daß der Gauvorstand eine diesbezügliche Resolution dem Zentralvorstande unterbreiten soll, da die Zeit bis zum nächsten Verbandstag noch in zu großer Ferne liegt.

Beim Punkt Bundesratsverordnung wurde scharf gerügt, daß den betreffenden Bestimmungen nicht der nötige Nachdruck verliehen wurde, indem die Unternehmer auf die Verordnung teilweise pfeifen, sowie die ausführenden Behörden erst geföhoben werden müssen, obgleich die Unternehmer dagegen verstoßen.

Die Konferenz einigte sich dahin, daß der größte Nachdruck auf die Agitation und die Organisation verwendet wird; denn nur eine geschlossene Masse ist im stande, solchen Bestimmungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Bezüglich der Fachpresse wurde nach kurzer, aber energischer Debatte folgende Resolution angenommen:

„In Ermägung, daß die Fachpresse eins der wichtigsten Mittel zum Erfolg bei der Agitation ist, da durch dieselbe den Kollegen, die meistens das Abonnement wegen des Kostenpunkts scheuen, das Interesse an der Organisation eher mach gehalten werden kann und ein momentan entstehender größerer Kostenpunkt später bei der Agitation erspart werden kann, stellt die Konferenz den Antrag: Der nächste Verbandstag möge beschließen, den Steinarbeiter obligatorisch einzuföhren.“

In Verschiedenem wurde die kontrastierende Bestimmung im Statut gegenüber dem Leitfadens betreffs Reiseunterstützung angeregt.

Im Statut heißt es betr. Reiseunterstützung: „Zwischen Ablauf und Wiederbezugsberechtigung der betr. Unterstützung müssen 13 Wochenbeiträge bezahlt sein“; während im Leitfadens, der den meisten Kollegen nicht zur Einsicht steht, gesagt ist, „daß die Karenzzeit der Wiedererlangung der Reiseunterstützung, außer 52 Wochen, weitere 13 Wochen beträgt“.

Demgemäß beschließt die Konferenz: „Der Zentralvorstand hat unter Bekanntmachungen zu veröffentlichen, wie

die Karenzzeit betr. Reiseunterstützung in bezug auf dem Leitfadens zu verstehen ist.“

Nach Anführung, daß die nächste Konferenz möglichst im Zentrum Württembergs abzuhalten sei und dem Wunsche des Vorsitzenden, daß die Konferenz zum Nutzen der Organisation dienen möge, sowie der Ermahnung, die Kollegen möchten in ihren Orten zur Verwirklichung der Beschlüsse sorgen, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf das Blühen und Gedeihen der Steinarbeiterorganisation die Konferenz. M o x e r, Schriftführer.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Hiermit geben wir die Zahlstellen bekannt, welche die Quartalsabrechnungen noch nicht eingefandt haben. Darunter befindet sich ein Teil, von welchen sogar die Abrechnungen vom I. und II. Quartal noch ausstehen. Die Revisoren der Zahlstellen sind verpflichtet, darauf zu drängen, daß dieselben jetzt unverzüglich zusammengestellt und eingefandt werden. Auch gehört es zu den Obliegenheiten der Gauleitungen, für die pünktliche Einfindung der Quartalsabrechnungen zu sorgen. Wir erwarten, daß sie dem nachkommen.

Vom I. Quartal fehlen die Abrechnungen:

2. Gau: Beuthen. 3. Gau: Zittau. 4. Gau: Beucha, Röcknitz, Plauen. 5. Gau: Gotha, Göttingen. 8. Gau: Köln, Werden. 9. Gau: Fechenbach, Weidenhahn.

Vom II. Quartal fehlen die Abrechnungen:

2. Gau: Beuthen. 3. Gau: Zittau. 4. Gau: Beucha, Plauen, Röcknitz. 5. Gau: Gotha, Göttingen. 6. Gau: Hannover. 7. Gau: Lüneburg. 8. Gau: Köln, Werden. 9. Gau: Fechenbach, Weidenhahn, Bidingen. 11. Gau: Durlstel, Pfalzburg. 12. Gau: Dörsenbach, Eppingen. 14. Gau: Randesacker. 15. Gau: Marktleuthen.

Vom III. Quartal fehlen die Abrechnungen:

1. Gau: Posen, Stettin. 2. Gau: Beuthen. 3. Gau: Gorka, Krippen, Pirna, Riesa, Zittau. 4. Gau: Chemnitz, Plauen, Schreiersgrün, Weßelburg, Röcknitz. 5. Gau: Eisenach, Gotha, Reiffenhausen, Göttingen. 6. Gau: Hannover, Leopoldsthal, Mehle-Osterwald, Osterholz. 7. Gau: Hamburg I, Kiel, Lüneburg. 8. Gau: Düsseldorf, Duisburg, Dortmund, Köln, Herdecke, Werden. 9. Gau: Frankfurt a. M., Bidingen, Fechenbach, Weidenhahn, Mainz, Miltenberg. 10. Gau: Eberbach, Heppenheim, Ludwigshafen, Pirmasens, Schriesheim. 11. Gau: Freiburg i. B., Mülhausen i. Elz., Metz, Segau-Lörr, Durlstel, Pfalzburg. 12. Gau: Göppingen, Stuttgart II, Eppingen. 13. Gau: Regensburg. 14. Gau: Hardheim, Nürnberg, Würzburg, Randesacker, Zeil. 15. Gau: Marktleuthen, Rehau, Neusorg.

Die Durchsicht der Quartalsabrechnungen hat ergeben, daß ein großer Teil der Mitglieder mit den Beiträgen **bedenklich im Rückstande sind**, auch sind in den meisten Zahlstellen die Delegiertenmarken nur erst vereinzelt oder überhaupt gar nicht geklebt. Wir machen hiermit **nochmals** darauf aufmerksam, obwohl wir dies schon wiederholt getan haben, daß die **Delegiertenmarken** sowie die **restierenden Beiträge sofort zu kleben sind**. Angesichts des nahenden Winters dürfte es **dann erst recht schwer** fallen, vorhandene Rückstände zu bezahlen. Die im Frühjahr stattzufindende **Generalversammlung** setzt aber voraus, daß diejenigen, welche dort vertreten sein wollen, ihre **Verpflichtungen dem Verbands gegenüber erfüllt** haben. Dazu gehört, daß jeder die **Delegiertenmarke geklebt** hat und mit den **Beiträgen nicht im Rückstande** ist. Alle diejenigen, welche diese Bedingung nicht erfüllt haben, besitzen **kein Recht, sich an der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung zu beteiligen**.

Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß die **nicht verlaufenen Waimarken sofort einzuschicken** sind.

Die Lokalvorstände resp. Vertrauensleute werden wiederholt ersucht, die abgelassenen Reisekarten, auf welche die volle Unterstützung bezogen ist, **abzunehmen und nach hier einzuschicken**.

Die Kassierer werden ersucht, bei der Ausstellung der Quittung für Reiseunterstützung, welche hier eingefandt werden, in bezug auf Namen, Geburtstag und Jahr, sowie

## Die Straßen der mittelalterlichen Stadt.

In dem kürzlich erschienenen Buche Die deutschen Städte und Burgen im Mittelalter von Bernhard Heil (Leipzig, Verlag von B. G. Teubner, Preis 1 Mk., geb. 1.28 Mk.) liest man folgende erbauliche Schilderung: Die Stadtteile, die man nach dem Passieren der Tore zunächst durchwanderte, boten in der Regel keinen sehr erbaulichen Anblick, wenigstens nicht einen solchen, der dem imponanten Außern der Stadt entsprochen hätte. Die Straßen waren schmutzig und von Dungstätten umfaunt; ihnen zur Seite standen niedrige Häuser und Ställe, abwechselnd mit größeren Höfen der Geschlechter und der kirchlichen Stifter und mit größeren oder kleineren Gartenstücken. Allmählich erst rückten die Gebäude näher zusammen, und ihre Reihen wiesen umso weniger Lücken auf, je mehr man sich dem Kern der Stadt näherte, dem Sitz der Handwerker und Kaufleute. Aber viel besser wurden die Straßen auch hier nicht, denn nur wenige von ihnen waren mit einem Pflaster versehen. Die Sitte des Pflasterns verbreitete sich nur langsam in Deutschland. Sie scheint bis ins 12. Jahrhundert zurückzugehen, aber sichere Nachrichten darüber bezeugen uns erst viel später. Für den Anfang des 14. Jahrhunderts und zwar für das Jahr 1310 ist uns ein Straßenpflaster in Lübeck bezeugt, an andern Orten aber bürgerte sich die Neuerung erst bedeutend später ein, z. B. in Nürnberg seit 1368, in Bern und Frankfurt a. M. seit 1399, in Regensburg seit 1400 und wenige Jahre darauf auch in Breslau und Augsburg. Geringere Städte folgten dem guten Beispiel noch weit langsamer, so Landshut in Bayern erst 1494. Als Kaiser Friedrich III. einst die Stadt Lutlingen in Württemberg besuchen wollte, rieten ihm die Bürger wegen des schlechten Zustandes ihrer **Straßen davon ab; da er diese wohlmeinende Warnung**

aber in den Wind schlug und trotzdem hinkam, versant sein Pferd bis an die Oberknie im Schmutz. Derselbe Kaiser lief am 28. August 1485 in der Reichsstadt Reutlingen Gefahr, mitamt seinem Pferde in dem grundlosen Kot der Straßen unterzugehen. Vorsichtige Leute pflegten daher, ehe sie ihr Haus verließen, stets hohe hölzerne Ueberzüge anzuziehen. Bevor das Pflaster aufkam, gab es bereits an manchen Orten Straßen, die mit kleinen Steinen, Kies und Sand belegt, also chauffiert waren. Sie hießen, wie auch später die gepflasterten, Steinwege, und daher stammte die Redensart „ein heißer Steinweg“, entsprechend dem heute üblichen Ausdruck „ein teures Pflaster“. So jagte man z. B.: Nürnberg ist ein heißer Steinweg, zu Braunschweig ist er nicht so heiß. Chauffierte Straßen bestanden vielfach neben den gepflasterten auch später noch fort. Doch weitans die meisten Straßen waren, wie schon bemerkt, weder gepflastert noch chauffiert, daher bei trockenem Wetter sehr staubig und bei Regentwetter voller Schlamm und Kot, dazu mit Ausnahme weniger Hauptverkehrsadern ganz planlos angelegt, eng, krumm und winklig. In jener unregelmäßigen Anlage wirkte offenbar noch das Vorbild der ebenso planlos aufgebauten altdeutschen Hausendörfer nach. Selbst in den Kolonialstädten des Ostens, wie Breslau und Prag, setzten sich die schnurgeraden und breiten Straßen der ältesten Anlage bei späteren Erweiterungen in ungeraden Linien fort. Doch diese Mängel waren noch nicht das schlimmste; wenn nur die Sauberkeit nicht so viel zu wünschen übrig gelassen hätte! Man pflegte allen Kehricht, allen Unrat und alle Speiseüberreste kurzerhand auf die Straße zu werfen. Das Wasser aber, das aus den zahlreichen Viehtränken, von den Ziehbrunnen und von den Dächern abließ, floß in einen Rinnestein zusammen, der nicht zur Seite, sondern in der Mitte der Straße lag, ein Umstand, der die Unreinlichkeit nur noch erhöhen konnte. Mitunter schärfte der Rat aller-

dings den Hausbesitzern die Weisung ein, sie sollten die Straßen sauber halten, aber gerade die häufige Wiederholung solcher Verordnungen bezeugt, wie wenig sie fruchteten. Im allgemeinen entschloß man sich zu einer gründlichen Reinigung nur bei gewissen dringenden Anlässen, z. B. wenn der Besuch des Kaisers oder Landesherren zu gewärtigen war, wenn eine große Prozession stattfinden sollte oder wenn ein Jahrmarkt oder eine Messe bevorstand. Nicht bezeichnend ist es, daß das aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts stammende Stadtrecht von Mühlendorf in Bayern u. a. verlangt, der Düngr solle nicht länger als 14 Tage auf dem Markt liegen, es sei denn mit Erlaubnis der Bürger oder des Richters; daß in der Stadt Göttingen 1330 und in Mecheln 1348 verordnet werden mußte, die Bürger sollten alle vierzehn Tage die Straße fegen lassen, und daß es in einem Lobgedicht auf Nürnberg aus dem Jahre 1490 heißt:

Auch ist ein Anecht dazu bestellt,  
Der alle Tag mit der Bütte geht,  
Ob jemand hingeworfen hätt  
Tote Säü, Hund' oder Katzen,  
Faulende Hühner oder Hagen;  
Wo er die find't,  
Er nimmt's empor,  
Trägt's in der Bütte vor das Tor,  
Damit die Gaß gefäubert wird.

Die Hauptschuld an der schmutzigen Beschaffenheit der Straßen trug der Umstand, daß die Bürger fast durchgängig neben ihrem Hauptberuf auch noch etwas Ackerbau oder doch wenigstens Viehzucht trieben, selbst in größeren Städten, wie Nürnberg, Ulm und Augsburg. Namentlich hielt man sehr viel Schweine, und diese durften fast überall, wenn sie nicht gerade vom Stadthirten auf die Weide getrieben wurden, frei in den Straßen umherlaufen. Erst gegen das Ende des Mittelalters wurde ihnen diese Frei-



Datum, wann die Unterstützung bezogen wird, etwas mehr Sorgfalt auf Genauigkeit walten zu lassen.

Bei Neuaufnahmen sind die Quittungsbücher in der Reihenfolge der Nummern auszustellen und die Aufnahme-scheine mit der Verbandsnummer versehen hier einzusenden, um den Mitgliederbestand der einzelnen Zahlstellen behufs Einteilung der Wahlbezirke genau feststellen zu können.  
Der Zentralvorstand.

## Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungs-Berichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

**Berlin II.** Am Dienstag, den 20. Oktober, fand hier im Englischen Garten die übliche Monatsversammlung statt. Bei der Wahl eines Kollegen zur Gauleitung wird Kollege Budig gegen 2 Stimmen gewählt. Zum weiteren Punkte der Tagesordnung verlas der Kassierer seinen Vierteljahrsbericht, es ergab sich durch die vielen örtlichen Ausgaben während unseres Streiks ein Defizit von 37.40 Mk. Die Abrechnung von der Antragskassiererei ergab einen Bestand von 783.29 Mk., und konnte festgestellt werden, daß dieselbe gut floriert. Die Revisionen bestätigten die Richtigkeit der Kasse, und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Im Punkt Verschiedenes wird ein von den Essener Kollegen eingesandter Brief verlesen, in welchem die Frage der Abhaltung einer Warmarbeiter-Konferenz angeregt wurde. Der Vorstand wird beauftragt, ein darauf eingekommenes Eingekommenes für den Steinarbeiter auszuarbeiten. Es wurde, wenn sich etwa 30 Orte an der Konferenz beteiligen würden, der 2. Weihnachtstag in Aussicht genommen. Nachdem dann noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen worden waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Chemnitz.** Am Dienstag, den 13. Oktober, fand eine Mitgliederversammlung der Steinarbeiter von Chemnitz statt. Der Vorsitzende erluchte zu Beginn der Versammlung die anwesenden Mitglieder, zu Ehren des verstorbenen Kollegen Leich sich von ihren Plätzen zu erheben. Ueber die örtliche Verwaltung vom Jahre 1902/03 gab Kollege Hlmann einen interessanten Bericht. Dem Vorstande erwuchs durch den Versammlungsbefehl vom 14. April, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, übermäßig viel Arbeit, indem sich der Briefwechsel gegen vergangenes Jahr verdreifacht hatte, hervorgerufen durch die Ausperrung vom 2.—23. Mai. Die Abrechnung teilte Kollege Külle mit; sie wurde von den Revisoren für richtig befunden. Im weiteren machte sich die Neuwahl der örtlichen Verwaltung nötig. Der bisherige Vorsitzende wies darauf hin, ihn nicht wiederzuwählen, da er jetzt aus familiären Gründen das Amt vorderhand nicht wieder verwaltet könne. Es wurde Kollege Wunderlich vorgeschlagen und erfolgte dessen Wahl durch Stimmzettel. Genannt-nahm das Amt an und bedankte sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Külle wurde als Kassierer und Beyer als Schriftführer einstimmig durch Applaus wiederernannt. Hierauf wurden noch einige Abmachungen besprochen. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Dortmund.** Am 22. Oktober fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, welche sehr zahlreich besucht war. Genosse Kardinal hielt einen Vortrag über den Wert der Organisation. Er verstand es, den Kollegen klar zu legen, wie überhaupt ohne Organisation selten etwas existieren könnte. Ferner führte er an, wie die Unternehmer es verstünden, auf jede Art und Weise sich ihre Existenz zu sichern, durch Organisieren, wie sie ihre Waren aufpfeicherten, um sie nachher so teuer, wie nur eben möglich, loszuschlagen. Warum sollen wir uns denn nicht organisieren, um daselbe durchzuführen zu können, unsere Arbeitskraft so teuer wie nur eben möglich zu verkaufen usw.? Seine Worte wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Im Punkt 2 kamen die Klagen über die schlechte Schleiße Gustav Betge (beschäftigt bei der Firma Leistner) scharf gerügt. Die Folgen davon waren, daß einige Kollegen entlassen wurden wegen nicht genügender Leistungen. Im Punkt 3: Antrag des Kollegen Jobbin, den Kollegen Neubauer zu freizeichnen, da derselbe sein Buch total vernachlässigt hat. Im Punkt 4 sprach Genosse Kardinal über die am 10. Dezember stattfindende Gemeindegewerkschaftswahl, und ermahnte die Kollegen, sich recht zahlreich daran zu beteiligen. Darauf war Schluß der Versammlung.

**Eberfeld.** In der am 25. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde unter Punkt 1 die Abrechnung vom 3. Quartal vorgelegt. Es ergab sich eine Einnahme von 271.98 Mk., dem eine Ausgabe von 198 Mk. gegenüberstanden, mithin ist ein Kassenbestand von 73 Mk. vorhanden. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. Es entspann sich eine kleine persönliche Auseinandersetzung, wodurch sich die Meinungen aber klärten. Punkt 2: Als Referent war Kollege Gauleiter J. Schmidt in Düsseldorf erschienen, der den Wert einer Organisation klarlegte und die Anfangsstadien unserer Organisation betonte, woraus ersichtlich, daß, um nicht hinter andern Gewerkschaften zurückzufallen, es unbedingt notwendig war, die lose Organisation in einen Verband umzuformen, um eine genaue Uebersicht und ein geregeltes Buchführen zu heizen. Im Punkt 3 Agitation sprach Kollege Schmidt, daß es viel praktischer wäre, erst innerhalb der Schwesterstädte Eberfeld-Barmen einen ordentlichen Kreis von Kollegen zum Sammeln zu bringen, dann aber erst

heit vielfach durch Ratsverordnung beschränkt oder ganz entzogen.

Gäuser, die wegen Armut ihrer Besitzer verfallen waren, ließ man oft jahrelang in Schutt und Trümmern liegen und so zu Sammelplätzen des Schmutzes werden. Bäche, die durch die Stadt flossen, wurden weder eingewölbt noch auch nur mit Steinen eingedämmt, und eine sanitäre Straßenpolizei war fast unbekannt. Daß unter solchen Umständen recht oft verheerende Epidemien ausbrachen und reizend schnelle Verbreitung fanden, ist wohl erklärlich; besonders traten sie seit dem 14. Jahrhundert außerordentlich häufig auf und dezimierten die städtische Bevölkerung in der grausamsten Weise. Wenn auch die Zahl der Opfer von den Chronisten augenscheinlich in der Regel stark übertrieben wird und ihren Angaben gegenüber alle Vorsicht geboten ist, so läßt sich doch nicht verkennen, daß die Verluste an Menschen oft erschreckend hoch waren. Außer der Pest oder Pefilenz werden uns als epidemische Krankheiten speziell genannt: Fluß und Husten — z. B. in Straßburg 1387 und 1403 — Krankheit der Driisen und böse Hitze — in Köln 1401 — Schnupfen, Stickschlag und Husten — in Sachsen 1404 — Driisen und Blattern — in Oesterreich 1410 und in Köln 1421 — und Keuchhusten — in Augsburg 1466. Besonders merkwürdig ist der Lanewepzel, der auch Lanawäschel, Donawäschlein und Pörsel heißt. Ueber ihn wird berichtet: „Die Leute litten an dem Haupt und an der Brust und von Husten“, er kehrt an vielen Orten wieder und ist vielleicht eine Art Influenza gewesen. Der niedrige Stand der Heilkunde und die dadurch veranlaßten abergläubischen Erklärungen der Pestgefahr hatten zur Folge, daß man gegenüber diesen Epidemien die Hände in den Schoß legte und sich fast ganz untätig verhielt.

in die Nachbarschaft zu den Italienern zu gehen. In der Diskussion betonte Kollege Werner, daß es aber unbedingt notwendig sei, diese Ruhrkohlenhandelsgebiete zu organisieren, da die Konkurrenz, hervorgerufen durch die schlechten Löhne, unsere Industrie vollständig brach legten, wenn wir auch anerkennen müssen, daß im engsten Kreis noch genug zu tun übrig bleibt, so konnte doch der Gauleiter diesen Punkt nicht abschwächen und versprach, uns zu unterstützen. Unter Gewerkschaftlichem wurde betont, daß der Vertreter der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Kollege Werner, sich in nächster Zeit aussprechen soll, wie es mit der Verschmelzung aller Kassen steht. Mögen die Kollegen von Barmen-Eberfeld nur pünktlicher und vollzähliger zur Versammlung kommen, dann wird auch hier sich unsere Stärke offenbaren.

**Wagbeurg.** Am 31. Oktober fand hier in der Zentralherberge eine Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer brachte den Bericht vom letzten Quartal; es ergab sich ein Kassenbestand von 297.52 Mk. Ferner gab der Kassierer bekannt, daß er 40 Mark an die Witwe des Kollegen Hagentrug abgeliefert hat. Unser Kartelldelegierter sprach über Herbergsfrage, Arbeitslofenfrage und Landtagswahl. Somit kamen wir zum wichtigsten Punkt, Lohnfrage. Nachdem der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über unsere hiesigen Verhältnisse gab, forderte er die Anwesenden auf, frei und offen ihre Meinungen auszutauschen, damit kein vorzeitiger Beschluß, der nur Schaden, aber keinen Vorteil für uns sowie für die Organisation bringe, zustande komme. Mehrere Kollegen führten aus, daß es wohl angebracht sei, Forderungen zu stellen, denn es ist nicht nur zeitgemäß, sondern auch eine moralische Notwendigkeit. Hiergegen wandten sich die Kollegen von Rosiners Platz, sie suchten nachzuweisen, daß die Konjunktur für uns eine abnehmende sei und somit wohl auf eine Lohnforderung schwerlich beharrt werden könne, auch, wie der Vorsitzende schon anführte, schließlich Schaden bringen muß. Dies wurde auch mehrfach betont; denn wenn auch unsere jetzige Lage sehr günstig ist, so bringe doch eine Branche die andere mit in die Lohnbewegung. Aber mit weniger Jaghaftigkeit und mehr Willensstärke könnten wir ruhig den Kampf wagen. Der Antrag, für jugendliche Arbeiter bis zu 1 Jahr nach beendeter Lehrzeit 50 Pfg., für normale Arbeiter 55 Pfg., sowie 20 Pfg. Aufschlag für Ueberstunden und Arbeitschluß um 4 Uhr vor hohen Festtagen festzusetzen, wurde mit 25 gegen 3 Stimmen angenommen.

**Weissen.** Den Kollegen diene folgendes zur Warnung: Diejenigen Granitsteinmehren, welche sich auf Wanderschaft befinden, oder sonst im Begriffe sind, nach Weissen zu kommen, werden ersucht, sich den Weg zu ersparen, da keine Arbeit vorhanden ist und die Kollegen selbst von einem Tag auf den andern auf Straße lauern müssen. Herr Köhler hat selbst bei Rückprache mit den noch in Arbeit stehenden Kollegen gesagt, er kann nicht garantieren, ob er selbige noch bis Weihnachten beschäftigen kann.

**Weissen.** Am Sonnabend, den 24. Oktober, fand in der Weintraube eine leider sehr schwach besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Zum 1. Punkt erstatteten die Kollegen Bergbauer und Hesse als Delegierte Bericht von der stattgefundenen Gaufonferenz. Zum 2. Punkt legte Kollege Grün die Quartalsabrechnung vor, welche für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Zum 3. Punkt wurde nach vorhergehender lebhafter Debatte, betr. des Platzgebens, ein Antrag angenommen, der dahin lautete: Jedem Plage selbst überlassen und die ursprüngliche Beitragsleistung beizubehalten. An Stelle des abgereisten Kollegen Kratz wurde Kollege Kunad als Revisor gewählt. Im weiteren erstattete Kollege Bergbauer Bericht über Zweck und Nutzen der Bauarbeiter-Schutzkommission. Es wurde beschlossen, die Unkosten derselben durch monatlichen Beitrag von 10 Pfg. zu decken. Nachdem sich Kollege Pletsch genötigt, sich gegen die zu Unrecht erhobenen Anschuldigungen betr. des Streiks zu rechtfertigen, wurde aber von etlichen Rednern überführt und die Sache ist nun als erledigt zu betrachten.

**Odenburg (Großherzogtum).** Am 20. Oktober fand hier eine Steinarbeiterversammlung statt. Beim 1. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal, welche von den Revisoren in bester Ordnung gefunden wurde. Kollege Entsch wurde als Delegierter zur Gaufonferenz gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurden etliche Mißstände gerügt.

**Börsch.** Bei der Firma Geißler wurde Kollege Hartenstein entlassen, angeblich, weil derselbe um eine halbe Stunde zu spät auf der Arbeitsstelle eintraf. Lohndifferenzen bestehen bei derselben Firma ebenfalls, und Kollege Konstantin, der unsere Interessen sehr tatkräftig wahrnahm, wurde auch entlassen. Geißler sucht die Mitglieder unseres Verbands, wenigstens soweit er sie kennt, schnellstens zu entlassen. Es ist traurig, daß die Kollegen lieber unter dem Druck der Meister leiden, als sich fest im Verband anzugliedern. Dies den reisenden Kollegen zur Mitteilung.

**Pofen.** Am 27. Oktober fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Nach Verlesung des letzten Protokolls gab der Kassierer die Vierteljahrsabrechnung bekannt. Da dieselbe von den Revisoren für richtig befunden wurde, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Im Gewerkschaftlichen entspann sich eine lebhaftige Debatte über die 10stündige Arbeitszeit der Verseher. Der von uns aufgestellte Gewerbegerichts-Beisitzer, Kollege Senslober, ist gewählt und sind auch wir somit im Gewerbegericht vertreten. Auf Antrag wurde beschlossen, in den Wintermonaten vom 1. November bis 1. März den Zuschuß zur Fremdenkasse fallen zu lassen und somit einen Beitrag von 40 Pfg. zu erheben. Für die streifenden Weber in Crimmitschau wurden 10 Mk. aus der Ortskasse bewilligt. Im Verschiedenen wurde lebhaft Klage geführt über die Quittungen im Steinarbeiter und der Wunsch geäußert, daß dieselben der besseren Uebersicht halber doch alphabetisch geordnet werden möchten. Sollte dem nicht statgegeben werden, so soll ein diesbezüglicher Antrag zum nächsten Verbandstage gestellt werden. (Anmerkung der Redaktion: Es ist wirklich bloß eine Kleinigkeit, die allwöchentlich zum Abdruck gelangenden Quittungen einzusehen, unbekümmert dessen, ob dieselben alphabetisch geordnet sind. Einen diesbezüglichen Antrag der Generalversammlung zu überweisen, ist einfach lächerlich.) Nach Erörterung verschiedener Ortsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Schleifstadt-St. Wilt.** Am 18. Oktober fand im Lustgarten zu St. Wilt eine mäßig besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Unterem 1. Punkt der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen, die Zahlstelle nach Schleifstadt zu verlegen. Beim 2. Punkt, Wahl eines 1. Vorsitzenden, wurde Kollege Stärkel einstimmig gewählt. Beim 3. Punkt, Stellungnahme zur Gaufonferenz, wurde Kollege Unger-Schleifstadt als Delegierter gewählt. Im Verschiedenen wurde angeregt, den Steinarbeiter obligatorisch einzuführen, die Kollegen wurden sich aber noch nicht einig, sondern sprachen sich dahingehend aus, in aller Kürze wieder eine Versammlung stattfinden zu lassen und diesen Punkt als 1. Punkt der Tagesordnung festzusetzen.

Am 24. Oktober tagte abermals eine Versammlung. Dieselbe fand in Schleifstadt statt. Unterem 1. Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, Der Steinarbeiter wird obligatorisch eingeführt. Unterem 2. Punkt legte Kollege Unger den Anwesenden nahe, wie notwendig es sei, sich der Berufsorganisation anzuschließen, worauf sich 4 Kollegen aufnehmen ließen.

**Alt-Warthau.** Am 13. Oktober tagte in Neu-Warthau eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, welche mäßig besucht war. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Abrechnung bekannt gegeben, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Dann wurde über Tarifangelegenheiten gesprochen und allgemein betont, daß der Tarif verbess-

rungsbedürftig sei. Der Vertrauensmann rügte den schlechten Besuch der Distriktsversammlungen und den Besuch der Versammlungen im allgemeinen. Kollegen, hier muß Wandel geschaffen werden, laßt den alten Schlandrian beiseite und besucht künftig die Versammlungen besser, tue jeder seine Pflicht, damit wir die uns fernstehenden wieder gewinnen und mit vereinten Kräften an dem Ausbau der Organisation arbeiten können.

## Gaukonferenz Straßburg.

In der Saale des Volksgarten fand am 25. Oktober eine Konferenz der Steinarbeiter des 11. Gaues statt. Es waren 12 Zahlstellen durch 13 Delegierte vertreten. Die Tagesordnung lautete: 1. Gaubericht, 2. Situation der verschiedenen Sektionen, 3. Agitation, 4. Bundesratsverordnung, 5. Verschiedenes.

Der Gauleiter, Kollege Bühler, gab in ausführlicher Weise seinen Tätigkeitsbericht. Er bedauert, daß die Fühlung mit den betreffenden Kollegen noch viel zu wünschen übrig läßt, sonst hätte mehr erreicht werden können. Referent betont des weiteren u. a. die Aufklärungsarbeiten im Steinbruchgebiet und daß durch das Kleeblatt Polizei, Geislichkeit und Unternehmer die Organisationsbestrebungen der Arbeiter stets vereitelt werden. Eine eingehende Diskussion hierüber wurde mit dem Punkte Agitation verbunden. Die von den Delegierten abgegebenen Ortsberichte zeigten im Hinblick auf die bestehenden Zustände ein trauriges Bild, während doch konstatiert werden konnte, daß fast alle Zahlstellen einen erfreulichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatten. So vertraten die Anwesenden 850 organisierte und ca. 1650 unorganisierte Kollegen. Es zeigte sich somit, daß unter der Einführung der Verbandsform erhebliche Fortschritte gemacht wurden.

Der Punkt Agitation wurde mit einem Referat eingeleitet und entwickelte sich darauf eine rege Diskussion, an der sich sämtliche Delegierte beteiligten. Der Schluß der eingehenden Erörterung war folgende Resolution: „Die zu Straßburg tagende Konferenz des 11. Gaues bedauert lebhaft, daß es der Gauleitung dadurch unmöglich gemacht wurde, in dem großen Revier der Bogesensteinbrüche eine rege Agitation zu entfalten, weil ihr von der Geschäftsleitung unzulängliche Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Die Konferenz ersucht die Geschäftsleitung dringend, hier eine Aenderung zum Besseren eintreten zu lassen. Um im Kampfe gegen das Unternehmertum mit wirksameren Mitteln und gut vorgebildeten Agitatoren vorgehen zu können, beschließt die Konferenz, vorläufig den Schwerpunkt der Agitation auf die bereits bestehenden Zahlstellen zu verlegen, um dadurch die Allgemeinbildung und so die Organisation qualitativ zu heben. Gleichzeitig beschließt die Konferenz, um die Agitation wirksam und billig betreiben zu können, in jedem Distrikt des Gaues einen Vertrauensmann zu bestellen, dem in Einverständnis mit der Geschäftsleitung die spezielle Agitation in seinem Distrikt obliegt.“ (Anmerkung der Redaktion: Diese Resolution ist sehr unklar.)

In bezug auf die schriftliche Agitation erklärt es die Konferenz für wünschenswert, daß der Gauleitung fortlaufend ein größerer Teil Literatur, speziell eine Anzahl Steinarbeiter, gratis zur Verfügung gestellt werden.

Zur Bundesratsverordnung wurde auf das Referat infolge der vorgerückten Zeit verzichtet und gleich in die Diskussion eingetreten. Die übereinstimmende Ansicht aller Delegierten ging dahin, mehr als bisher die Durchführung der Bundesratsverordnung im Auge zu behalten und hauptsächlich durch Meldung an die Behörde sowie durch Veröffentlichung in Partei- und Gewerkschaftszeitungen den Uebelständen abzuhelfen.

Im Verschiedenen wurde darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, im eigenen Interesse den Steinarbeiter obligatorisch, ohne Erhöhung der Beiträge, einzuführen. Den Delegierten zum nächsten Verbandstag soll zur Pflicht gemacht werden, in diesem Sinne zu wirken. Ferner wurde Klage geführt über das jetzige System der Reiseunterstützung und hofft die Konferenz, daß auch diese Frage auf dem nächsten Verbandstag eine bessere Regelung findet.

Der Vorsitzende gab zum Schluß ein kurzes Resümee der Verhandlungen und fordert die Delegierten auf, das Gehörte in Taten umzusetzen und bei der nächsten Konferenz in noch größerer Anzahl zu erscheinen. Damit war die Konferenz geschlossen. Hoffen wir, daß dieselbe einen dauernden und günstigen Eindruck auf die Steinarbeiter des 11. Gaues ausübt.

Waldhardt, Schriftführer.

## Gerichtliches.

**Ausperrung oder Streik?** Unzählige Male schon haben Gerichte Ausperrungen der Arbeiter durch Arbeitgeber für Streiks erklärt, namentlich wenn dieses im Interesse der Arbeitgeber lag, und da muß es auffallen, wenn ein Gericht anders entscheidet, wie das beim Altonaer Amtsgericht jetzt geschehen ist. Die brutale Ausperrung der Bauhandwerker in Hamburg-Altona, die die kapitalistischen Zeitungen zum Teil auch in einen Streik umzuliegen versuchten, ist noch in aller Erinnerung. Ein Altonaer Bauübernehmer hatte auch seine Arbeiter ausgesperrt und bekam dadurch übernommene Arbeit nicht zur rechten Zeit fertig. Der Bauherr verlangte dann die Zahlung einer Konventionalstrafe, doch weigerte sich der Bauübernehmer, worauf dieser verklagt wurde. Vor dem Amtsgericht, wo vor kurzem Termin stattfand, machte der Beklagte geltend, daß die Arbeiter gestreikt hätten und daß er nach der in dem zwischen ihm und dem Bauherrn abgeschlossenen Kontrakt vorhandenen Streiklausel zur Zahlung nicht verpflichtet sei. Das Amtsgericht aber stellte fest, daß es sich nicht um einen Streik, sondern um eine Ausperrung gehandelt habe, und verurteilte den Beklagten zur Zahlung.

**Weissen.** (Vom Gewerbegericht.) Drei Steinmehren der Firma Oswald Köhler klagten gegen ihren Arbeitgeber wegen nicht tarifmäßiger Bezahlung von Einfassungsstücken. Zur Erledigung dieser Klage machten sich vier Termine nötig, in denen Stadtrat Hofmann als Vorsitzender und Maurer Georgie und Tischlermeister Birkner als Beisitzer fungierten. Die betreffenden Streitstücke wichen in ihrer Ausführung von dem im Tarif auf Einfassung zur Anwendung kommenden Punkte ab, so daß die Steinmehren zu der Meinung kamen, daß es sich nicht um Einfassungen, sondern um Sockel handelte, für welche Arbeit ein anderer Tarifpunkt, die Bezahlung nach laufenden Metern in Betracht komme. Schließlich wurde als Sachverständiger Herr Stein aus Dresden geladen, der jedoch im



seinem Gutachten die betreffenden Stücke als Einlassungen erklärte. Nur in der Bezahlung der Mehrarbeit bezeichnete er einen andern Tarifpunkt als zutreffend, wonach den Klägern der vierte Teil der eingeklagten Summe zukam. Den Grund der Differenz führte er als eine Lücke im Tarif an. Herr Köhler erklärte sich darauf bereit, das Viertel mehr zu zahlen. Die Forderung des vollen Betrages hatte nach dem Gutachten der Sachverständigen keine Aussicht auf Erfüllung, so daß der Vertreter der Kläger aus den angebotenen Vergleich einging. Für die Steinmehnen ist der Ausgang des Streites äußerst wichtig und einschneidend, weil ihr Tarif bis 1907 festgelegt ist. Eine wenig rühmliche Rolle spielte bei der ganzen Angelegenheit der Herr Köhler. Die Steinmehnen hatten, ehe sie zur Klage schritten, alles versucht, um eine Einigung zu erzielen. Dabei zeigte Herr Köhler wenig Entgegenkommen, so daß die Arbeiter gezwungen waren, zur Wahrung ihrer Rechte eine Entscheidung bei dem Gewerbegericht herbeizuführen. Nun hatte Herr Köhler nichts Eiligeres zu tun, als die Kläger zu entlassen. Dadurch war den Klägern die Wahrnehmung ihrer Rechte erschwert. Nun kam hinzu, daß Köhler im ersten Termin zur Verwunderung der Kläger erklärte, daß noch keine Forderungen an ihn wie auch an seinen Geschäftsführer gestellt seien. Deshalb mußte der Termin zur Ladung von Zeugen darüber vertagt werden. Die Kläger reichten darauf ihre Forderungen wieder von neuem ein. Im zweiten Termin brachte Herr Köhler die versprochenen Zeugen wieder nicht zur Stelle. Es wurde nun auf Grund der von neuem eingereichten Forderungen verhandelt. Erst im dritten Termin stellte sich bei Vernehmung des Geschäftsführers Freudenmann heraus, daß die Forderungen bereits vor dem ersten Termin an das Geschäft eingereicht waren. — Herr Köhler ist ein sehr reicher Mann. Er hat es trotzdem fertig gebracht, mehrere Recht suchende Arbeiter wegen eines für seine Verhältnisse eine Lappalie darstellenden Betrages zu entlassen, so daß sie mit ihrer Familie Weihen verlassen mußten.

**Rundschau.**

**Wie mitunter Bauten veranschlagt werden.** In Hagen in Westfalen wurde, wie wir dem Düsseldorf General-Anzeiger entnehmen, im Frühjahr 1897 ein Projekt zum Neubau eines Rathhauses genehmigt, das 400 000 Mk. erfordern sollte; dies erfuhr jedoch so bedeutende Abänderungen, daß im November 1898 die Bau Summe auf 650 000 Mk. festgesetzt werden mußte. In der fünfjährigen Bauzeit kamen jedoch größere und kleinere Nachforderungen, so daß im November 1902 die bewilligte Summe bereits 724 000 Mk. betrug. Aber der Stadtbau meister erklärte damals schon, daß für noch ausstehende Forderungen noch 80 000 Mark nachbewilligt werden müßten (zusammen 804 000 Mk.). Auf Verlangen der Bürgerchaft nach einem genauen Kostennachweis und Angabe der noch erforderlichen Summen bezifferte der Stadtbau meister den Fehlbetrag gegen die bewilligte Summe von 724 000 Mk. auf 141 340 Mk., so daß das Gebäude 865 700 Mark kostet, 190 000 Mk. mehr, als der Voranschlag betrug. — Für die Bauleitung sind 25 000 Mk. veranschlagt worden.

**Die Jahresberichte der industriellen Aktiengesellschaften** sollen zunächst für die Aktionäre ein Orientierungsmittel sein, sich über die Veränderungen im wirtschaftlichen Werte des Unternehmens, dem sie ihr Kapital hingegeben haben, zu unterrichten. Im weiteren bilden aber die Berichte eine allgemeine volkswirtschaftliche Informationsquelle zur Beurteilung der Lage der Industrie. Eine stättliche Zahl von Aktiengesellschaften ist sich auch dieser Bedeutung ihrer Jahresberichte voll und bewusst und stellt mit Sorgfalt die zur Orientierung notwendigen Daten Jahr für Jahr ausführlich zusammen. Die Mehrzahl aber legt sich in der Berichterstattung eine Zurückhaltung auf, die so weit geht, daß kaum die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben mitgeteilt werden. Bei kleinen Aktiengesellschaften kann man diese Zurückhaltung noch einigermaßen begreiflich finden, aber große Gesellschaften, die für ihren Betriebszweig von erheblicher Bedeutung sind, haben der Öffentlichkeit gegenüber zweifellos die Pflicht ausführlicher Berichterstattung. Wenn dieser Pflicht nicht genügt wird, so ist es Aufgabe der Presse, die in Frage kommenden Gesellschaften an ihre Pflicht zu erinnern. Und da sei zunächst einmal der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation herausgegriffen, der seine Bilanz und Gewinnrechnung mit einer Erläuterung begleitet, die noch nicht einmal anderthalb Seiten Quartformat lang ist. Schon rein äußerlich präsentiert sich der Bericht in einer Weise, daß man glauben könnte, es sollte an den Kosten möglichst gespart werden. In der Art der Berichterstattung des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation liegt eine solche souveräne Nichtachtung der Öffentlichkeit, daß man sich fragen muß, ob die gesetzlichen Vorschriften der öffentlichen Rechnungslegung der Aktiengesellschaften nicht einer Erweiterung bedürftig sind. Diese Frage liegt um so näher, als eine Reihe anderer, sachlich sehr gewichtiger Gründe für eine solche Erweiterung spricht.

**Zur Durchführung der Bundesratsverordnung.**

Endlich läßt sich in Württemberg davon reden, daß die Behörden allmählich daran gehen, den bundesrätlichen Bestimmungen mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Es bedurfte einer ganzen Reihe von Anzeigen, um dieses zustande zu bringen. Es wurden nun einige Unternehmer von Hochdorf, Eltingen, Ochsenbach mit Strafen belegt und zwar bis zu 160 Mk. Eine weitere Klage, die der Gauleiter des 12. Gauces gegen vier Firmen des Oberamts Ludwigsburg eingereicht hat, ist in der Schwebe. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart teilte mit, sie finde keine Anhaltspunkte, um einschreiten zu können, die Betriebe wären nicht dazu angetan, diese Leute verriachteten auch andre Arbeiten, wie Transport, Steinaufgaben usw., so daß sie als Steinhauer die gesetzliche Zeit nicht überschreiten. Da aber dem Gauleiter Zeugen zur Verfügung stehen, hat er aufs neue Klage bei der Staatsanwaltschaft eingereicht. Zwei weitere Klagen gegen drei vorübergehend gewesene Steinhauermeister kamen am Mittwoch, den 14. Oktober, vor dem Amtsgericht zur Verhandlung. Saak und Dettelbach wurden zu 20 Mk. Strafe und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt, auch ihr Anwalt half nichts. Frank wurde zu 5 Mk. und zu den Kosten verurteilt, für ihn war mildernd, daß er den Zimmermann schon bestellt hatte, um Vesperbude und Abort herstellen zu lassen und dieneunständige Arbeitszeit eingehalten wurde. Bemerkenswert mag werden, daß alle drei Unter-

nehmer nun wieder als Steinhauer arbeiten müssen und kein Geschäft mehr haben. Der Amtsanwalt betonte sehr scharf, daß, wenn das Gesetz einmal bestünde, es auch eingehalten werden müsse. Auf Grund dessen wurden auch diese Urteile gefällt.

Wir hoffen, daß dieses Vorgehen von andern Gerichten nachgeahmt und mit dem Bemessen der Strafen nicht so milde verfahren wird. Stoff dazu wird geliefert, da leider genügend vorhanden ist.

**Die Lage der Berliner Marmorarbeiter statistisch betrachtet.**

Trotzdem immer und immer wieder darauf hingewiesen wird, sich an der Statistik besser zu beteiligen, so haben auch in unsrer Zahlstelle eine Menge Kollegen noch nicht erkannt, was für eine scharfe Waffe eine gute Statistik im steten Kampf mit dem Unternehmer bedeutet.

An der Statistik beteiligten sich 151 Mann, das sind 50 Pro. der am Orte arbeitenden Kollegen. Von diesen 151 sind 48 Steinmehnen, 100 Schleifer, 1 Dreher und 2 Arbeiter.

**Lohnverhältnisse.**  
Die 48 Steinmehnen verdienten insgesamt 62469.99 Mk., dies ergibt einen Jahresverdienst von 1338.96 Mk. und einen Wochenverdienst von 25.75 Mk. Der Gesamtverdienst der 100 Schleifer betrug 112102.39 Mk., ergibt einen Durchschnittsverdienst pro Jahr von 1121.02 Mk., pro Woche 21.56 Mk.

Der eine Dreher, der sich nur die letzten 3 Monate an der Statistik beteiligte, hatte während dieser Zeit ein Einkommen von 297.96 Mk. gleich einem Wochenverdienst von 22.92 Mk. Die beiden Arbeiter beteiligten sich nur je 2 Monate an der Statistik und erzielten in dieser Zeit durchschnittlich 210.65 Mk., gleich pro Woche 23.40 Mark. Hätten sich diese drei letzten Mann das ganze Jahr an der Sache beteiligt, dann würde sich das oben angeführte Bild entschieden anders gestalten.

**Alter.**  
Das Gesamalter der 48 Steinmehnen betrug 1529 Jahre 6 Monate 11 Tage, dies ergibt ein Durchschnittsalter von 31 Jahren 10 Monaten 11 Tagen. Die 100 Schleifer waren insgesamt 3173 Jahre 10 Monate 26 Tage alt, gleich einem Durchschnittsalter von 31 Jahren 8 Monaten 25 1/2 Tagen. Der eine Dreher war 32 Jahre 8 Monate 1 Tag, die beiden Arbeiter 21 Jahre 4 Monate 10 Tage alt.

**Dauer der Berufstätigkeit.**  
Im Berufe waren die 48 Steinmehnen zusammen 807 tätig, dies macht für den Einzelnen im Durchschnitt 16 Jahre 11 Monate 25 Tage. Die 100 Schleifer waren insgesamt 1127 Jahre im Berufe tätig, im Durchschnitt der einzelne 11 Jahre 5 Monate 3 Tage. Der Dreher war 4 und die beiden Arbeiter je 6 Jahre beim Beruf.

**Krankheitsdauer und Art.**  
Krank waren 14 Steinmehnen zusammen 73 Wochen = 438 Tage, macht eine Krankheitsdauer für den einzelnen von 31 1/2 Tag. Bis zu 1 Woche waren krank: 0, von 1 bis 2: 2, von 2 bis 3: 4, von 3 bis 4: 2, von 4 bis 5: 3, von 5 bis 6: 0, von 6 bis 7: 0, von 7 bis 8: 0, 8 bis 9: 0, 9 bis 10: 0, 10-18: 1, 13 bis 26 Wochen: 2.

Die Art der Krankheit war: Rheumatismus 1 Mann, Hals- und Lungenleiden 5, Verletzungen im Beruf 3 und sonstige Krankheiten 5.

Von den Schleifern waren 32 Mann krank. Insgesamt 116 1/2 Wochen = 699 Tage, macht im Durchschnitt für den einzelnen eine Krankheitsdauer von 21 1/2 Tagen.

Es waren krank bis zu 1 Woche 7, von 1-2 8, von 2-3 7, von 3-4 3, von 4-5 1, von 5-6 2, von 6-7 1, von 7-8 1, von 8-9 —, von 9-10 —, von 10-18 1, von 13-26 Wochen 1.

An Rheumatismus waren krank 2 Mann, Hals- und Lungenleiden 8, Verletzungen im Beruf 1, sonstiger Krankheit 21.

**Arbeitslosigkeit.**  
Von den Steinmehnen waren 25 Mann insgesamt 164 Wochen = 984 Tage arbeitslos, im Durchschnitt der einzelne 39 1/2 Tag. Bis zu 1 Woche waren arbeitslos 2, von 1-2 4, von 2-3 2, von 3-4 1, von 4-5 2, von 5-6 2, von 6-7 2, von 7-8 2, von 8-9 1, von 9-10 —, von 10-11 1, von 11-12 1, über 12 Wochen 5.

Die Arbeitslosigkeit bei den Schleifern betrug bei 23 Mann insgesamt 102 Wochen = 612 Tage, bei den einzelnen 26 2/3 Tage. Es waren arbeitslos bis zur einer Woche 6, von 1-2 7, von 2-3 2, 3-4 1, 4-5 1, 5-6 2, 6-7 0, 7-8 1, 8-9 0, 9-10 0, 10-11 1, 11-12 1, über 12 Wochen 1.

Die Steinmehnen arbeiten sämtlich mit Meißelgeschirr. Dagegen halten sich die Schleifer das Schleif- und Poliermaterial selbst. Von den 100 Mann hatten nur 65 die wöchentlichen Ausgaben beselbst angegeben. Dieselben betragen pro Jahr 21.16 Mk., im Durchschnitt pro Woche 0.41 Mk.

Klagbar wurden zwei Steinmehnen, von denen der eine einen halben, der andre einen ganzen Erfolg erzielte.

Bei 19 Kollegen (Schleifern) trugen die Frauen und Kinder zum Verdienst der Familie mit bei.

Verheiratet waren 121 Kollegen; diese hatten zusammen 240 Kinder. Ledig waren 30 Kollegen.

Mitglied der Ortskrankenkasse waren 137 Kollegen, der freien Hilfskasse 14.

Abonnenten des Fachorgans waren, den statistischen Fragebogen gemäß, nur 46 Kollegen. In Wirklichkeit ist die Abonnentenanzahl doch eine weit größere.

Gustav Franz, Statistiker.

**Streikbrecher.**

Von Dr. R. Broda.  
In den Rücken fiel ich der Freunde Schar  
Statt schuldiger Treu';  
Die Kette, die schon zerbrochen war,  
Ich schmiedet' sie neu.

O, schlugen sie doch zum Verräterlohn  
Mir ins Gesicht,  
Doch diesen Blick voll verachtendem Hohn,  
Den ertrag' ich nicht!!

Und hab's doch getan, weil die Kinder zu Haus'  
Vor Hunger schrien.  
Und weil mir bei all dem Jammer und Graus  
Der Vorstand tät flieh'n.

O, hätt' ich gestohlen des Reichen Geld!  
Wär' besser schier,  
Im Kerker säß ich, entehrt vor der Welt,  
Doch nicht vor mir.

**Aufruf**

**zur Unterstützung der ausgesperrten 8000 Textilarbeiter und -Arbeiterinnen Grimmitzhau.**

Nachdem die Organisation der Textilarbeiter der brutalen Unternehmerwillkür zehn Wochen lang Stand gehalten hat, suchen die Unternehmer im letzten Augenblick den Sieg an sich zu reißen. Jetzt vertrauend auf den sich beim Ausbleiben hinreichender Unterstützung mit unheimlicher Sicherheit einstellenden Hunger, beharren die Unternehmer darauf, daß die Ausgesperrten nun bedingungslos zu Kreuze kriechen sollen. Die Fabrikanten verjagen jetzt Streikbrecher zu werben und ist es nun Pflicht der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands, durch hinreichende Unterstützung die kämpfenden über Wasser zu halten. Zehn Wochen Kampf! Da ist nicht nur längst schon Schmahans Küchenmeister, nein, da ist der Hunger steter Gast und nur die Tatsache, daß die Textil-

arbeiter und -Arbeiterinnen das Hungern und Entbehren gewohnt sind, gibt die Erklärung für die nicht genug anzuerkennende Fähigkeit, mit der von seiten der Arbeiter der Kampf geführt wird. Um aber die kämpfenden vor dem Neuzerßen zu bewahren, um sie nicht vollständig dem Hunger zu überantworten, um sie endlich vor der Rache der Sieger zu schützen, deshalb, Genossen, appellieren wir nochmals an die Opferwilligkeit der deutschen Arbeiterschaft.

Sendungen richte man an G. Treue, Berlin O., Kronprinzenstraße 47.

**Adressen-Änderungen.**

Leipzig-Kleinzschocher. Beigang, Vertrauensmann, Lutherstraße 9, I.

**Quittung.**

Eingegangene Gelder vom 26. bis mit 30. Oktober 1908.  
Wittenberg, Beitrag 42.05, III. Qu. 3.15, Eintrittsmarken 5.—, Maimarken 1.50, Delegiertensteuer 1.75; Harburg, Protokolle 0.80, Beitrag 13.20, III. Qu. 2.40; Vohdorf, Beitrag 4.90; Naumburg, Eintrittsmarken 1.50, Delegiertensteuer 2.50, Beitrag 55.50; Angolstadt, Beitrag 2.20; Mühlhausen i. Elb., Beitrag 96.—; Groß-Rosen, III. Qu. 7.20; Falkenstein, Beitrag 1.60, Eintrittsmarken 0.50; Rehau, Beitrag 31.36, III. Qu. 3.60; Röditz, Beitrag 196.—, III. Qu. 27.60; Hohenburg, Beitrag 56.—; Braunschw. Beitrag 97.92, Maimarken 0.25, Stempel 0.75, Eintrittsmarken 2.—; Gildesheim, Beitrag 6.15; Gorf, Rest Ridel 20.—; Berlin, Beitrag 320.—; Königsbrück, Beitrag 28.—, Eintrittsmarken 3.—; Ludwigsbafen, Beitrag 50.40, Eintrittsmarken 5.50; Ulm, Beitrag 128.—; Weucha, Beitrag 128.—, Eintrittsmarken 10.—, Maimarken 3.50, Delegiertensteuer 7.—; Driesen, Beitrag 1.60, IV. Qu. 0.90; Alt-Barthau II, Beitrag 99.20, Eintrittsm. 2.50; Lauenau, Beitrag 4.80; Deutmannsdorf, Beitrag 64.—; Mainz, Beitrag 22.—, Eintrittsmarken 22.—; Wenig-Radwitz, Beitrag 121.—, Delegiertensteuer 2.75, Eintrittsmarken 1.—, Streifunterstützung 22.60; Weinsberg, III. Qu. 6.—, Beitrag 63.14, Eintrittsmarken 1.50, Maimarken 0.75, Delegiertensteuer 4.25; Dortmund, Beitrag 37.20; Duisburg, Beitrag 32.—; Riesa, Beitrag 149.12, Eintrittsmarken 4.50, Delegiertensteuer 3.50, III. Qu. 14.40, Zuzerlat 3.50; Löwenberg, Beitrag 22.80; Wilsnack, Beitrag 2.50, IV. Qu. 0.90; Effen, Beitrag 96.—; Gannover, Beitrag 64.—, Maimarken 10.—; Elsterwerda, Beitrag 2.10; Böhmstedt, Beitrag 10.40, Ersatzmarke 0.25; Altenburg, III. Qu. 2.40; Potsdam, Streifunterstützung 10.—. Feltz Lange.

**Litterarisches.**

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist sechen das 5. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zum Kaiserinselsprozeß. Eine neue Vera Lessendorff. Von Karl Liebknecht. — Zur Frage des Generalstreiks. Von Rudolf Hilferding. — Die Landtagswahlen in Sachsen. Von Hermann Fleißner-Dresden. — Unfre „Volksschule“. Von Otto Marko. I. — Jugendliteratur und Erziehung zum Sozialismus. Von R. Bl. — Woran liegt das? Von Julian Vorhardt. — Litterarisches Rundschau: Die moderne Weltanschauung und der Mensch. Von Max Zetterbaum.

**Briefkasten.**

Weinsberg, B. Für die böhmischen Steinarbeiter erscheint speziell kein Fachblatt.  
Ohr, W. Die Änderung ist ohne Belang.  
Alt-Barthau. Dieselben werden selbstredend nicht angerechnet. Die gemachte Schlussfolgerung ist sehr zurechtend.  
Weihen, B. St. schafft gegenwärtig in Reichenbach i. Obenwald.

**Anzeigen.**

**Berlin I.**

Sonntag, den 8. November, vormittags 10 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

- Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom Herbstfest.  
2. Vortrag des Genossen Max Schütte über: Die Todesstrafe.  
3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

Sehr lohnenden Verdienst kann sich jeder Hoch- u. Tiefbautechniker, Bauführer, Polier, Bauzeichner und sonstige Angestellte in bautechn. Betrieben auf vornehme Weise erwerben.  
Off. an Ernst Kahl, Berlin, Luisenstr. 4, erb.

**Tüchtiger Steinmetz** kann ein sehr gut eingeführtes  
**Grabstein-Geschäft**  
mit etwas Bar unter günstigen Bedingungen im Pacht übernehmen.  
Offerten an die Expedition dieses Blattes.

**Todes-Anzeige.**

Am 24. Oktober verschied unser Kollege  
**Robert Reisser**  
im Alter von 23 Jahren durch einen Unglücksfall.  
Ehre seinem Andenken!  
Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands  
Zahlstelle Stuttgart I.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.